

Christus, nicht Cäsar, ist das Haupt der Kirche

von **Dr. John MacArthur** Freitag, 24. Juli 2020

Ein biblischer Fall für die Pflicht der Kirche, offen zu bleiben

Christus ist Herr über alles. Er ist das einzige wahre Haupt der Kirche (Epheser 1,22; 5,23; Kolosser 1,18). Er ist auch König der Könige - Herrscher über jede irdische Autorität (1. Timotheus 6,15; Offenbarung 17,14; 19,16). Die Kirche der Gnadengemeinschaft steht seit jeher unverrückbar auf diesen biblischen Prinzipien. Als sein Volk sind wir seinem Willen und seinen Geboten unterworfen, wie sie in der Heiligen Schrift offenbart werden. Deshalb können und wollen wir ein von der Regierung auferlegtes Moratorium für unsere wöchentlichen Gemeindegottesdienste oder andere regelmäßige gemeinsame Versammlungen nicht hinnehmen. Nachgiebigkeit wäre Ungehorsam gegenüber den klaren Geboten unseres Herrn.

Einige werden denken, dass eine solch feste Aussage in unerbittlichem Widerspruch zu dem in Römer 13 und 1. Petrus 2 dargelegten Gebot steht, sich regierenden Autoritäten zu unterwerfen. Die Heilige Schrift gebietet einen sorgfältigen, gewissenhaften Gehorsam gegenüber allen regierenden Autoritäten, einschließlich Königen, Statthaltern, Arbeitgebern und ihren Bevollmächtigten (in den Worten des Petrus: "nicht nur den guten und milden, sondern auch den verkehrten!" [1 Petrus 2,18b]). Soweit Regierungsbehörden nicht versuchen, kirchliche Autorität geltend zu machen oder Befehle zu erteilen, die unseren Gehorsam gegenüber Gottes Gesetz verbieten, ist ihrer Autorität zu gehorchen, ob wir mit ihren Entscheidungen einverstanden sind oder nicht. Mit anderen Worten: Römer 13 und 1 Petrus 2 binden immer noch das Gewissen des einzelnen Christen. Wir sollen unseren zivilen Autoritäten gehorchen als Machthaber, die Gott selbst bestimmt hat.

Doch obwohl die zivile Regierung mit der göttlichen Autorität ausgestattet ist, den Staat zu regieren, gewährt keiner dieser Texte (und auch kein anderer) den zivilen Machthabern die Gerichtsbarkeit über die Kirche. Gott hat drei Institutionen innerhalb der menschlichen Gesellschaft geschaffen: die Familie, den Staat und die Kirche. Jede Institution hat einen Autoritätsbereich mit Zuständigkeitsgrenzen, die respektiert werden müssen. Die Autorität eines Vaters ist auf seine eigene Familie beschränkt. Die Autorität der Kirchenführer (die ihnen von Christus übertragen wurde) ist auf kirchliche Angelegenheiten beschränkt. Und die Regierung ist speziell mit der Aufsicht und dem Schutz des bürgerlichen Friedens und Wohlergehens innerhalb der Grenzen einer Nation oder Gemeinschaft betraut. Gott hat den bürgerlichen Machthabern keine Autorität über die Lehre, Praxis oder das Gemeinwesen der Kirche verliehen. Der biblische Rahmen beschränkt die Autorität jeder Institution auf ihre spezifische Zuständigkeit. Die Kirche hat nicht das Recht, sich in die Angelegenheiten einzelner Familien einzumischen und die elterliche Autorität zu ignorieren. Eltern haben nicht das Recht, Zivilangelegenheiten zu regeln und dabei Regierungsbeamte zu umgehen. Und ebenso wenig haben Regierungsbeamte das Recht, sich in kirchliche Angelegenheiten in einer Weise einzumischen, die die von Gott gegebene Autorität von Pastoren und Ältesten untergräbt oder missachtet.

Wenn eine der drei Institutionen die Grenzen ihrer Zuständigkeit überschreitet, ist es die Pflicht der anderen Institutionen, diese Überschreitung einzuschränken. Wenn daher ein Regierungsbeamter Anordnungen erlässt, die den Gottesdienst regeln (wie z.B. Gesangsverbote, Anwesenheitshöchstgrenzen oder Verbote von Versammlungen und Gottesdiensten), überschreitet er die legitimen Grenzen seiner gottgewollten Autorität als Amtsträger und maßt sich eine Autorität an, die Gott ausdrücklich nur dem Herrn Jesus Christus als Souverän über sein Reich, das die Kirche ist, gewährt. Seine Herrschaft wird den Ortsgemeinden durch jene Pastoren und Ältesten vermittelt, die sein Wort lehren (Matthäus 16,18-19; 2. Timotheus 3,16-4,2).

Als Reaktion auf die jüngste staatliche Anordnung, die die Kirchen in Kalifornien dazu verpflichtet, alle Versammlungen auf unbestimmte Zeit zu begrenzen oder auszusetzen, informieren wir, die Pastoren und Ältesten der Grace Community Church, daher unsere zivilen Führer respektvoll darüber, dass sie ihre rechtmäßige Zuständigkeit überschritten haben, und die Treue zu Christus verbietet es uns, die Einschränkungen zu beachten, die sie unseren gemeinsamen Gottesdiensten auferlegen wollen.

Anders ausgedrückt: Es war nie das Vorrecht der zivilen Regierung, Gottesdienste anzuordnen, zu modifizieren, zu verbieten oder zu reglementieren. Wann, wie und wie oft die Kirche Gottesdienste abhält, ist nicht dem Cäsaren unterworfen. Cäsar selbst ist Gott untertan. Jesus bekräftigte dieses Prinzip, als er zu Pilatus sagte: "Du hättest keine Autorität über mich, wenn sie dir nicht von oben gegeben wäre" (Joh 19,11). Und weil Christus das Haupt der Kirche ist, gehören kirchliche Angelegenheiten zu seinem Königreich, nicht zu dem des Kaisers. Jesus unterschied zwischen diesen beiden Reichen deutlich, als er sagte: "Gebt dem Kaiser, was dem Kaiser gehört, und Gott, was Gott gehört" (Markus 12,17). Unser Herr selbst hat Caesar immer das gegeben, was Caesar gehörte, aber er hat Caesar nie das angeboten, was allein Gott gehört.

Als Pastoren und Älteste können wir den irdischen Autoritäten kein Privileg und keine Macht abtreten, die allein Christus als Haupt seiner Gemeinde gehören. Pastoren und Älteste sind diejenigen, denen Christus die Pflicht und das Recht gegeben hat, seine geistliche Autorität in der Kirche auszuüben (1. Petrus 5,1-4; Hebräer 13,7.17) - und allein die Schrift definiert, wie und wem sie zu dienen haben (1. Korinther 4,1-4). Sie sind nicht verpflichtet, Anordnungen einer zivilen Regierung zu befolgen, die versucht, den Gottesdienst oder die Leitung der Gemeinde Jesu zu regeln. Tatsächlich haben Pastoren, die ihre von Christus delegierte Autorität in der Kirche an einen zivilen Herrscher abtreten, ihrer Verantwortung vor ihrem Herrn entsagt und die von Gott bestimmten Autoritätssphären ebenso verletzt wie der säkulare Beamte, der seine Autorität der Kirche unrechtmäßig auferlegt. In der Lehraussage unserer Kirche ist dieser Absatz seit mehr als 40 Jahren enthalten:

Wir lehren die Autonomie der Ortsgemeinde, frei von jeder äußeren Autorität oder Kontrolle, mit dem Recht der Selbstverwaltung und frei von der Einmischung irgendeiner Hierarchie von Einzelpersonen oder Organisationen (Titus 1,5). Wir lehren, dass es biblisch ist, dass wahre Gemeinden Jesu bei der Darstellung und Verbreitung des Glaubens

miteinander zusammenarbeiten. Jede Ortsgemeinde sollte jedoch durch ihre Ältesten und deren Auslegung und Anwendung der Heiligen Schrift allein über das Maß und die Methode ihrer Zusammenarbeit entscheiden. Die Ältesten sollten auch alle anderen Angelegenheiten der Mitgliedschaft, der Regularien, der Disziplin, der Fürsorge bzw. Nächstenliebe und der Leitung bestimmen (Apg. 15,19-31; 20,28; 1. Korinther 5,4-7.13; 1. Petrus 5,1-4).

Kurz gesagt, als Kirche brauchen wir als Staat nicht die Erlaubnis des Staates, um unserem Herrn zu dienen und ihn so anzubeten, wie er es befohlen hat. Die Kirche ist die kostbare Braut Christi (2. Korinther 11,2; Epheser 5,23-27). Sie gehört Ihm allein. Sie existiert durch seinen Willen und dient unter seiner Autorität. Er duldet keinen Angriff auf ihre Reinheit und keinen Verstoß gegen Seine Herrschaft über sie. All das wurde festgelegt, als Jesus sagte: "Ich will meine Gemeinde bauen, und die Pforten des Hades werden sie nicht überwältigen" (Matthäus 16,18).

Die eigene Autorität Christi ist "weit über alle Herrschaft und Autorität und Macht und Herrschaft und jeden Namen, der genannt wird, nicht nur in diesem Zeitalter, sondern auch in dem zukünftigen. Und [Gott, der Vater] hat alle Dinge unter [Christi] Füße gelegt und ihn als Haupt über alle Dinge der Kirche gegeben, die sein Leib ist, die Fülle dessen, der alles in allem erfüllt" (Epheser 1,21-23).

Dementsprechend schließt die Ehre, die wir unseren irdischen Statthaltern und Richtern zu Recht schulden (Römer 13,7), nicht die Nachgiebigkeit ein, wenn solche Amtsträger versuchen, die gesunde Lehre zu untergraben, die biblische Moral zu verderben, kirchliche Autorität auszuüben oder Christus als Haupt der Kirche auf irgendeine andere Weise zu verdrängen.

Die biblische Ordnung ist klar: Christus ist Herr über Caesar, nicht umgekehrt. Christus, nicht Caesar, ist das Haupt der Kirche. Umgekehrt herrscht die Kirche in keiner Weise über den Staat. Auch hier handelt es sich um verschiedene Königreiche, und Christus ist über beide souverän. Weder Kirche noch Staat haben eine höhere Autorität als die des Christus selbst, der erklärte: "Mir ist alle Gewalt gegeben im Himmel und auf Erden" (Matthäus 28,18).

Beachten Sie, dass wir kein Verfassungsargument vorbringen, auch wenn der Erste Zusatzartikel der Verfassung der Vereinigten Staaten dieses Prinzip in seinen einleitenden Worten ausdrücklich bekräftigt: „Der Kongress erlässt kein Gesetz bezüglich der Errichtung einer Religion oder des Verbots der freien Religionsausübung.“ Das Recht, auf das wir uns berufen, wurde nicht durch die Verfassung geschaffen. Es ist eines jener unveräußerlichen Rechte, die allein von Gott gewährt werden, der die menschliche Regierung gestiftet hat und sowohl das Ausmaß als auch die Grenzen der staatlichen Autorität festlegt (Römer 13,1-7). Unser Argument stützt sich daher absichtlich nicht auf den Ersten Verfassungszusatz; es beruht auf denselben biblischen Prinzipien, auf denen auch der Verfassungszusatz selbst beruht. Die Ausübung der wahren Religion ist eine göttliche Pflicht, die Männern und Frauen, die nach dem Bilde Gottes geschaffen wurden, übertragen wurde (Genesis 1,26-27; Apg 4,18-20; 5,29; vgl. Matthäus

22,16-22). Mit anderen Worten: Die Freiheit der Religionsausübung ist ein Gebot Gottes und kein vom Staat gewährtes Privileg.

In diesem Zusammenhang ist ein zusätzlicher Punkt zu erwähnen. Christus ist immer treu und wahrhaftig (Offenbarung 19,11). Menschliche Regierungen sind nicht so vertrauenswürdig. Die Schrift sagt: "Die ganze Welt liegt in der Macht des Bösen" (1. Johannes 5,19). Das bezieht sich natürlich auf Satan. Johannes 12,31 und 16,11 nennen ihn "den Herrscher dieser Welt", was bedeutet, dass er durch die politischen Systeme dieser Welt Macht und Einfluss ausübt (vgl. Lukas 4,6; Epheser 2,2; 6,12). Jesus sagte von ihm: "Er ist ein Lügner und der Vater der Lüge" (Joh 8,44). Die Geschichte ist voller schmerzlicher Erinnerungen daran, dass die Regierungsmacht leicht und häufig für böse Zwecke missbraucht wurde. Politiker können Statistiken manipulieren und die Medien können unbequeme Wahrheiten verbergen oder verschleiern. Deshalb kann eine urteilsfähige Kirche nicht passiv sein oder automatisch nachgeben, wenn die Regierung die Schließung von Gemeindeversammlungen anordnet - selbst wenn der Grund dafür die Sorge um die öffentliche Gesundheit und Sicherheit ist.

Die Kirche ist *per definitionem* eine Versammlung. Das ist die wörtliche Bedeutung des griechischen Wortes für "Kirche" - ekklesia - die Versammlung der Herausgerufenen. Eine sich nicht versammelnde Versammlung ist ein Widerspruch in sich selbst. Christen ist es daher geboten, die Praxis des Zusammenkommens nicht aufzugeben (Hebräer 10,25) - und kein irdischer Staat hat das Recht, die Versammlung von Gläubigen einzuschränken, abzugrenzen oder zu verbieten. Wir haben die Untergrundkirche in Nationen, in denen der christliche Gemeindegottesdienst vom Staat als illegal erachtet wird, immer unterstützt.

Wenn Beamte den Gemeindebesuch auf eine bestimmte Anzahl beschränken, versuchen sie, eine Beschränkung durchzusetzen, die es den Heiligen im Prinzip unmöglich macht, sich als Gemeinde zu versammeln. Wenn Amtsträger das Singen in Gottesdiensten verbieten, versuchen sie, eine Beschränkung aufzuerlegen, die es dem Volk Gottes im Prinzip unmöglich macht, den Geboten von Epheser 5,19 und Kolosser 3,16 zu gehorchen. Wenn Beamte Distanzierung anordnen, versuchen sie, eine Beschränkung aufzuerlegen, die es prinzipiell unmöglich macht, die enge Gemeinschaft zwischen Gläubigen zu erfahren, die in Römer 16,16, 1.Korinther 16,20, 2.Korinther 13,12 und 1.Thessalonicher 5,26 geboten wird. In all diesen Bereichen müssen wir uns unserem Herrn unterordnen.

Auch wenn wir in Amerika vielleicht nicht daran gewöhnt sind, dass die Regierung in die Gemeinde unseres Herrn Jesus Christus eindringt, so ist dies doch keineswegs das erste Mal in der Kirchengeschichte, dass Christen mit der Übermacht der Regierung oder feindlichen Herrschern zu tun haben. Tatsächlich war die Verfolgung der Gemeinde Jesu durch staatliche Behörden in der gesamten Kirchengeschichte die Norm und nicht die Ausnahme. "In der Tat", so sagt die Schrift, "werden alle verfolgt werden, die gottselig in Christus Jesus leben wollen" (2. Timotheus 3,12). Historisch gesehen waren die beiden Hauptverfolger immer die säkulare Regierung und die falsche Religion. Die meisten Märtyrer des Christentums sind gestorben, weil sie sich weigerten, solchen Autoritäten zu gehorchen. Dies ist schließlich das, was Christus versprochen hat: "Wenn sie mich verfolgt haben, werden sie auch euch verfolgen" (Joh 15,20). In der letzten der Seligpreisungen sagte er: "Selig seid ihr, wenn man euch beleidigt und verfolgt und um meinetwillen allerlei Böses gegen euch sagt. Freut euch und seid fröhlich, denn

euer Lohn im Himmel ist groß; denn so haben sie auch die Propheten verfolgt, die vor euch waren" (Matth 5,11-12).

In dem Maße, wie sich die Regierungspolitik immer weiter von biblischen Prinzipien entfernt und der rechtliche und politische Druck gegen die Gemeinde Jesu zunimmt, müssen wir erkennen, dass der Herr diesen Druck als Mittel zur Säuberung benutzen könnte, um die wahre Gemeinde Jesu zu offenbaren. Wenn wir uns der Übermacht der Regierung beugen, kann dies dazu führen, dass christliche Gemeinden auf unbestimmte Zeit geschlossen bleiben. Wie kann sich die wahre Gemeinde Jesu Christi in einem so feindseligen Klima profilieren? Es gibt nur einen Weg: kühne Loyalität gegenüber dem Herrn Jesus Christus.

Selbst dort, wo Regierungen der Gemeinde Jesu wohlwollend gegenüberstehen, mussten christliche Führungspersönlichkeiten oft aggressive Staatsbeamte zurückdrängen. In Calvins Genf zum Beispiel mussten kirchliche Amtsträger zuweilen Versuche des Stadtrates abwehren, Aspekte des Gottesdienstes, der Kirchenpolitik und der Kirchendisziplin zu regeln. Die Kirche von England hat sich nie vollständig reformiert, gerade weil sich die britische Krone und das Parlament immer in kirchliche Angelegenheiten eingemischt haben. Im Jahr 1662 wurden die Puritaner von ihren Kanzeln verwiesen, weil sie sich weigerten, den Regierungsanordnungen bezüglich des Gebrauchs des *Book of Common Prayer*, des Tragens von Gewändern und anderer zeremonieller Aspekte des staatlich geregelten Gottesdienstes zu beugen. Die britische Monarchin behauptet immer noch, das Oberhaupt der anglikanischen Kirche zu sein.

Aber nochmals: Christus ist das einzige wahre Haupt seiner Gemeinde, und wir beabsichtigen, diese lebenswichtige Wahrheit in allen unseren Versammlungen zu ehren. Aus diesem überragenden Grund können wir die aufdringlichen Beschränkungen, die Regierungsbeamte unserer Gemeinde jetzt auferlegen wollen, nicht akzeptieren und werden uns ihnen nicht beugen. Wir bieten diese Antwort ohne Groll und nicht aus einem kämpferischen oder rebellischen Herzen heraus an (1. Timotheus 2,1-8; 1. Petrus 2,13-17), sondern in dem ernüchternden Bewusstsein, dass wir uns vor dem Herrn Jesus für die Haushalterschaft verantworten müssen, die er uns als Hirten seiner kostbaren Herde gegeben hat.

Zu Regierungsbeamten sagen wir respektvoll mit den Aposteln: "Ob es vor Gott recht ist, auf euch zu hören und nicht auf Gott, so seid ihr Richter" (Apg 4,19). Und unsere unverzügliche Antwort auf diese Frage ist die gleiche wie die der Apostel: "Wir müssen Gott mehr gehorchen als den Menschen" (Apostelgeschichte 5,29).

Wir beten darum, dass jede treue Gemeinde im Gehorsam gegenüber unserem Herrn zu uns steht, wie es die Christen durch die Jahrhunderte getan haben.

Im Folgenden wollen wir die primäre Frage beantworten, die wir als Antwort auf diese Erklärung erhalten haben: Warum haben Sie sich der ursprünglichen Regierungsanordnung unter Berufung auf Römer 13 und 1. Petrus 2 unterworfen?

Die Ältesten der Grace Church haben die ursprüngliche Regierungsanordnung geprüft und unabhängig davon zugestimmt, nicht weil wir der Meinung waren, dass der Staat das Recht hat, den Kirchen vorzuschreiben, wann, ob und wie sie Gottesdienste abhalten sollen. Um es klar zu sagen: Wir glauben, dass die

ursprüngliche Anordnung ebenso ein unrechtmäßiges Eindringen der staatlichen Autorität in kirchliche Angelegenheiten war, wie wir es jetzt glauben. Da wir jedoch den wahren Grad der Gefährlichkeit des Virus nicht gekannt haben und weil wir uns um die Menschen kümmern, wie es unser Herr getan hat, glauben wir, dass der Schutz der öffentlichen Gesundheit vor ernsthaften Ansteckungen eine rechtmäßige Aufgabe der Christen wie auch der zivilen Regierung ist. Deshalb folgten wir freiwillig den ursprünglichen Empfehlungen unserer Regierung. Es ist natürlich legitim, dass sich Christen im Falle einer Krankheit oder einer unmittelbaren Bedrohung der öffentlichen Gesundheit vorübergehend der Versammlung der Heiligen enthalten.

Als die verheerende Abriegelung begann, sollte sie eine kurzfristige Notlösung sein, mit dem Ziel, "die Kurve abzuflachen" - das heißt, sie wollten die Infektionsrate abschwächen, um sicherzustellen, dass die Krankenhäuser nicht überlastet werden. Und es gab schreckliche Todesprognosen. Angesichts dieser Faktoren unterstützten unsere Pastoren die Maßnahmen, indem sie sich an die Richtlinien hielten, die für die Kirchen herausgegeben wurden.

Aber wir gaben unsere geistliche Autorität nicht an die säkulare Regierung ab. Wir sagten von Anfang an, dass unsere freiwillige Einhaltung Änderungen unterliegen, wenn sich die Einschränkungen über das erklärte Ziel hinauszögerten, oder wenn Politiker sich unangemessen in kirchliche Angelegenheiten einmischten, oder wenn Gesundheitsbehörden Beschränkungen hinzufügten, die versuchen würden, den Auftrag der Gemeinde Jesu zu untergraben. Wir trafen jede Entscheidung mit Blick auf unsere eigene Last der Verantwortung. Wir haben einfach die frühe Gelegenheit genutzt, die Anliegen der Gesundheitsbehörden zu unterstützen und den gleichen Anliegen unter unseren Kirchenmitgliedern Rechnung zu tragen, aus dem Wunsch heraus, in einem Übermaß an Sorgfalt und Vernunft zu handeln (Philipper 4,5).

Aber jetzt befinden wir uns schon mehr als zwanzig Wochen in diesen ungelösten Einschränkungen. Es ist offensichtlich, dass diese ursprünglichen Todesvorhersagen falsch waren, und das Virus ist bei weitem nicht so gefährlich, wie ursprünglich befürchtet. Dennoch sind etwa vierzig Prozent des Jahres vergangen, in dem unsere Gemeinde im Wesentlichen nicht in der Lage war, sich auf normale Weise zu versammeln. Die Fähigkeit der Pastoren, ihre Herden zu hüten, ist stark eingeschränkt worden. Die Einheit und der Einfluss der Gemeinde Jesu sind bedroht. Gelegenheiten für Gläubige, einander zu dienen und füreinander zu sorgen, sind verpasst worden. Und das Leiden von Christen, die sich in Schwierigkeiten befinden, die ängstlich, verzweifelt oder gebrechlich sind oder anderweitig dringend Gemeinschaft und Ermutigung brauchen, hat sich über die Maßen vergrößert, was vernünftigerweise als gerechtfertigt oder notwendig angesehen werden könnte.. Größere öffentliche Veranstaltungen, die für 2021 geplant waren, werden bereits abgesagt, womit signalisiert wird, dass die Beamten sich darauf vorbereiten, die Einschränkungen bis ins nächste Jahr und darüber hinaus aufrechtzuerhalten. Das zwingt die Kirchen, sich zwischen dem klaren Befehl unseres Herrn und den Regierungsbeamten zu entscheiden. Deshalb entscheiden wir uns in der Nachfolge der Autorität unseres Herrn Jesus Christus gerne dafür, ihm zu gehorchen.